

Politischer Kurzbericht

1. Jahreskonferenz der ägyptischen Staatspartei NDP vom 26.-28. September 2003

VON

Dr. Michael A. Lange

Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Ägypten
Kairo, im Oktober 2003

Die auf dem letzten 8. Parteikongress der Regierungspartei NDP im vergangenen Jahr gezeigte Reformorientierung fand im diesjährigen ersten der damals verabredeten Jahrestreffen der Partei eine wenn auch zurückhaltende Fortsetzung. Stand der letzte Parteikongress noch unter dem verheißungsvollen Slogan: „A New Way of Thinking“, so sollte im Laufe des diesjährigen Jahrestreffens dieses „Neue Denken“ der Partei am Beispiel einiger ausgewählter, als momentan prioritär eingestufter Politikfelder konkretisiert werden .

Ziel des Jahrestreffens war es, den Beschlüssen des letzten Parteikongresses der NDP Rechnung zu tragen und in einer neuerlichen Konferenz unter dem verheißungsvollen Titel: „New Thinking and the Rights of Citizens first“, in besonderer Weise das „neue Denken“ der Spitze der Regierungspartei zu beschreiben.

Entsprechend versammelten sich nahezu 2200 Parteimitglieder, darunter Mitglieder des Politbüros (13), des Generalsekretariats (25), der einzelnen Politiksekretariate (ca. 400), des Politischen Rats (125), Abgeordnete der NDP in den beiden Parlamentskammern (ca. 650), Vorsitzende der Provinzverbände der Partei (350), der Ortsverbände (28) und im Durchschnitt 5% der wichtigsten Funktionsträger auf regionaler Ebene im Kairoer Kongresszentrum.

Diese sollten in fünf Arbeitsgruppen:

- Bürgerechte und Demokratisierung
- Wirtschaft
- Bildung und Wissenschaft
- Landwirtschaft und Stadtentwicklung
- Transport und Verkehr

über die aktuellen Probleme Ägyptens diskutieren und Antworten auf die drängenden Fragen in diesen Politikbereichen formulieren. Erstmals sollte die Suche nach diesen Antworten auf

diesem Parteitreffen auch durch einen Dialog mit Vertretern der ägyptischen Zivilgesellschaft, darunter wichtigen Vertretern verschiedener Berufsverbände, NROs, und andere privater Organisationen ergänzt werden.

Auf diese Weise wollte die Partei unter Beweis stellen, dass sie keine Intentionen (mehr) hat, den politischen Diskurs im Land zu monopolisieren, sondern bereit ist, auch auf ausserparlamentarische und parteipolitisch unabhängige bzw. ungebundene Kräfte zu hören bzw. diese in die Diskussionen bzw. vielleicht sogar in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

In seinem den Parteitag einleitenden Rechenschaftsbericht bewertete der aktuelle Generalsekretär der Partei: *Safwat El-Sherif*, unterstützt von seinen Amtskollegen im Parteivorstand: *Kamal El-Shazli* (stellv. Generalsekretär zuständig für die Parteiorganisation bzw. Mitglieder) und *Zakaria Azmi* (Sekretär für Finanzen und Administration) das vergangene Jahr als ein Jahr bedeutender Schritte in Richtung auf mehr Demokratie und bürgerliche Freiheiten in Ägypten. Hingewiesen wurde besonders auf die zahlreichen Reformschritte, welche die Partei im vergangenen Jahr initiiert und vom Parlament in Gesetzesform hatte verabschieden lassen.

Darunter fielen neben der Abschaffung der Staatssicherheitsgerichte, die Abschaffung der Verurteilung zur Zwangsarbeit sowie die Verabschiedung der Regelung zur Einrichtung einer ägyptischen Menschenrechtskommission. Allerdings verwies man auch auf die Entscheidung der Parteiführung vor diesem Jahrestreffen weder die ägyptische Verfassung, wie von vielen oppositionellen Abgeordneten des ägyptischen Parlaments im Vorfeld der Konferenz gefordert, noch das aktuelle Wahlrecht grundlegend zu verändern. Der Generalsekretär der Partei sagte dazu:

„...Efforts towards political reform would focus on upgrading political legislation rather than emending the 32-year old constitution. The NDP’s insistence that it is still premature to amend the constitution does not indicate that the door is closed to political reform. We will instead give special attention to upgrading legislation which will help move the processes of political reform forward...”

In seinem Rechenschaftsbericht auf dem Parteitag betonte der Sekretär für Information der Partei: *Mamdouh El Beltagui*, dass er im Vorfeld der Parteikonferenz nicht zuletzt auch in den zahlreichen Untergliederungen der Partei den Ruf nach mehr (inner-)parteilicher Demokratisierung verspürt habe. Er sei aber der Meinung, man könne politische Reformen nur schrittweise und im Einklang und in Abstimmung mit notwendigen ökonomischen Reformen ins Werk setzen, um das gesellschaftliche Gefüge in Ägypten nicht zu überfordern.

Die Opposition nahm diese Ankündigungen des Generalsekretariats der Regierungspartei mit Enttäuschung zur Kenntnis und verwies auf ihre schon lange vertretene Auffassung, dass diese Regierungspartei an einem politischen Reformprozess nicht wirklich interessiert ist. Die Opposition sieht in der Änderung der ägyptischen Verfassung den einzig gangbaren Weg, sich von vielen repressiven die Regierungspartei einseitig bevorzugenden Regelungen zu befreien und die Parlamentswahlen unter juristische Aufsicht und nicht etwa die des Innenministeriums zu stellen. Nur so, so Vertreter der Opposition, könne in Zukunft verhindert werden, dass die Regierungspartei diese Wahlen in ihrem Sinne manipulierte und ihre jetzt schon 25 Jahre andauernde Dominanz des politischen Geschehens in Ägypten fortsetze.

Nach den Eröffnungsstatements der Parteiführung kam es dann am zweiten Konferenztag zu den erwarteten Auseinandersetzungen um die vorgelegten Entwürfe der politischen Sekretariats zu den verschiedenen prioritären Themenfeldern. Erste Ansätze einer inhaltlichen Neuausrichtung der Partei waren ja bereits auf dem letzten Parteikongress im vergangenen Jahr deutlich geworden. Als bereits mehrere unter der Ägide des neuen Vorsitzenden des politischen Sekretariats: *Gamal Mubarak* entstandene Positionspapiere der Partei zu den zentralen Herausforderungen der Zukunft erstmals diskutiert worden waren.

Dieser hatte auch bereits im Vorfeld des Parteitags in einer Rede vor der amerikanischen Handelskammer in Ägypten unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass das Jahrestreffen der Partei bzw. der „kleine Parteitag“ dazu genutzt werden sollte, der Partei besonders in den Fragen der Bürger- bzw. Frauenrechte ein *neues, moderneres Profil* zu geben. Sollte es auf dem Parteitag zur Annahme der Vorschläge seines politischen Sekretariats kommen, erwarte er, dass diese Reformvorhaben von der aktuellen ägyptischen Regierung aufgegriffen bzw. dem Kabinett zur Annahme und dem Parlament zur Verabschiedung vorgelegt werden.

Gamal Mubarak bat aber gleichzeitig um Verständnis, als es darum ging, den von ihm so herbeigesehnten Wandel der Partei der Mehrheit der Mitglieder zu vermitteln:

“...Implementing change is not an easy task. Sometimes people like what they have, when you start change sometimes people feel threatened, but the NDP must be resolute in implementing the schemes necessary if the party is to develop a coherent platform that is clear and acceptable to all Egyptians, even the apolitical...”

Internationales Umfeld behindert wirtschaftliche Reformbemühungen

In seinen außenpolitischen Aussagen blieb die Partei auf diesem kleinen Parteitag relativ zurückhaltend. Man konzidierte bereitwillig, dass heute, angesichts moderner Kommunikationsmittel, außenpolitische Vorgänge in den Nachbarländern bzw. in der Region unmittelbar Einfluss nehmen auf die innenpolitische Verfassung des ägyptischen Gemeinwesens. Trotzdem äußerte sich die Regierungspartei weiterhin bestrebt, trotz der angespannten Lage in der Nahostregion und im Sudan, einen fairen Ausgleich zwischen den nationalen Interessen und den internationalen Verpflichtungen des Landes anzustreben. Man betonte zwar das Interesse an einer einvernehmlichen, die territoriale Integrität sowohl des Sudan als auch des Irak erhaltenden Lösung dieser Konflikte, sprach sich aber gleichzeitig auch für weiterhin exzellente Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aus. Man nehme dabei jetzt aber für sich in Anspruch, in einigen Belangen durchaus von den Vereinigten Staaten abweichende Auffassungen zu vertreten und dieses auch in der internationalen Öffentlichkeit deutlich zu machen.

Die Bewältigung der außenpolitischen Zielkonflikte wird Ägypten also gerade in Bezug auf seine Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und deren Politik im Nahen Osten auch in Zukunft weiter stark beschäftigen, wiewohl wenige politische Beobachter davon ausgehen, dass sich an der strategischen Beziehung etwas Grundsätzliches ändern wird. Zu stark hängt Ägypten bzw. die jetzige ägyptische Staatsführung von einer weiteren politischen und finanziellen Unterstützung der eigenen Reformbestrebungen durch die Vereinigten Staaten ab.

Die politischen Unwägbarkeiten in der Region mit der wieder aufgeflammten Intifada, der instabilen Lage im und um den Irak und der wachenden Sorge um Massenvernichtungswaffen im Iran haben die gesamte Region bei ausländischen Investoren deutlich zurückfallen lassen. Die für die wirtschaftlichen Reformbemühungen gerade Ägyptens (Privatisierung) so

wichtigen *ausländischen Direktinvestitionen* haben auf die Region bezogen von 7,5 Mrd. US\$ im Jahre 1998 auf nur noch 3 Mrd. US\$ in diesem Jahr ebenso abgenommen. Gleiches gilt es für das wirtschaftliche Wachstum zu vermelden, wo Ägypten im vergangenen Haushaltsjahr nur noch einen Wert von knapp 2,5% erreicht hat. Auch wenn Ägypten den neuerlichen „externen Schock“ des Irakkrieges in wirtschaftlichen Teilbereichen wie dem Tourismus und den Suezkanal-einnahmen inzwischen erstaunlich schnell wieder absorbiert hat, scheint es in Ägypten weiterhin am Vertrauen der inländischen und ausländischen Investoren in die aktuelle ägyptische Regierung und ihre Fähigkeit Reformen durchzusetzen, zu mangeln.

Sorge um die soziale Lage nach der Freigabe des LE-Wechselkurse

Vor allem im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik stand die Regierungspartei auf diesem Parteitag unter Druck, wirtschafts- und sozialpolitisches Engagement zu zeigen. Zwar hatten sich wichtige Vertreter der Partei vor dem Parteitag wiederholt zur Notwendigkeit der Förderung der Privatinitiative und des unternehmerischen Denkens auf der Grundlage sozialen Verantwortungsgefühls bekannt und dem Marktmechanismus als Regelungsmechanismus für die allermeisten Wirtschaftsbereiche Priorität vor allen anderen Formen der wirtschaftlichen Interaktion beigemessen, der Parteitag kam jedoch nicht umhin zu den aktuellen, den ägyptischen Bürger am meisten interessierenden sozialpolitischen Fragen Stellung zu beziehen. Dies geschah schließlich durch den Ministerpräsidenten dem in seiner „Gastrede“ während des Parteitages die Rolle zugewiesen worden war, die in diesem Bereich unternommenen aktuellen Anstrengungen der Regierung darzustellen bzw. zu erläutern, womit dem Eindruck Vorschub geleistet werden konnte, dass nicht die Regierungspartei (allein) sondern vor allem das aktuelle Kabinett und die zuständigen Minister (Mit-) Verantwortung für diese Fragen tragen.

Der Ministerpräsident ging dann auch ausführlich auf die aktuellen wirtschaftlichen Probleme Ägyptens ein. Er verschwieg nicht, dass die ägyptische Währung seit der Wechselkursfreigabe im Januar gegenüber dem US \$ bis Ende September mehr als 30% an Wert verloren hat (von 5,40 auf 7,15 LE) und dass die damit verbundene Verteuerung der ägyptischen Importe um bis zu 40%, (darunter eben auch Produkte wie Weizen etc., welche für die Herstellung von subventionierten Grundnahrungsmitteln benötigt werden) kurzfristig zu einem außergewöhnlichen, mehr als 15%-igen Anstieg der allgemeinen Lebenshaltungskosten auch der einkommensschwächeren Schichten geführt hat. Diese nämlich sahen sich in den letzten Wochen mit stark erhöhten Preisen für sonst ausreichend

subventionierte Grundnahrungsmittel wie Brot, Zucker, Reis und Speiseöl konfrontiert, wobei die Ausgabe einiger Grundnahrungsmittel, wie etwa subventionierten Brots, wegen der nicht vorhandenen Weizenmengen vorübergehend sogar rationiert werden musste.

Der Präsident sah sich dann in seiner Parteitage Rede genötigt zu betonen, dass er persönlich dafür Sorge zu tragen gedenkt, dass die aus der Freigabe des ägyptischen Wechselkurses herrührende soziale Schieflage bei den Preisen für Grundnahrungsmittel beseitigt werden wird. Er verwies in diesem Zusammenhang bereits auf von ihm initiierte Maßnahmen zum Zukauf von Weizen aus dem Ausland und entsprechender Bereitstellung an die zahlreichen Bäckereien im Land die berechtigt sind damit gebackenes, subventioniertes Brot an bedürftige Schichten zu verteilen.

Gleichwohl wurde an der Prämisse festgehalten, dass dem Staat nur noch in jenen Bereichen eine regulierende Funktion zuzubilligen sei, in denen die Interessen der sozial Schwachen berührt würden. Was den internationalen Handelsaustausch angeht, unterstrich die Partei zum wiederholten Mal die Notwendigkeit eine Intensivierung des wirtschaftlichen Austauschs mit der Welt auf der Grundlage der Globalisierung anzustreben und dabei alle Anstrengungen zu unternehmen, die lokale Produktion den Ansprüchen des internationalen Wettbewerbs anzupassen. Die Partei unterstrich dabei ihre Überzeugung von der Notwendigkeit, sich dem Internationalen Handel zu öffnen und ausländischen Investoren in Ägypten adäquate, attraktive Arbeitsbedingungen zu gewähren.

Bevölkerungswachstum hemmt „Human Resource Development“

Die Partei sprach sich in entsprechenden Vorlagen zur Bildungs- und Bevölkerungspolitik für besondere Anstrengungen im Bereich Bildung und „Human Resource Development“ aus, wobei ein weiteres Mal unterstrichen wurde, dass ein Rückgang des weiterhin als zu hoch gekennzeichneten Bevölkerungswachstums in Ägypten unerlässlich erscheint, wenn der ägyptische Staat weiterhin in der Lage bleiben soll, den notwendigen Beitrag zu einer ausreichenden Infrastruktur im Bildungsbereich (Schulen, Lehrer etc.) zu leisten.

Jüngste Zahlen aus dem ägyptischen Amt für Statistik (CAPMAS) wurden auf dem Parteitag kolportiert und besagen, dass die ägyptische Bevölkerung jährlich wieder um etwas mehr als 2% steigt. Zu Beginn dieses Jahres betrug die Bevölkerungszahl Ägyptens 67,37 Mio. verglichen mit noch 59,40 Mio. zu Beginn des Jahres 1997, als das Bevölkerungswachstum

sich noch auf Werte unter 2% beschränkte. Extrapoliert man die aktuelle Bevölkerungsentwicklung in die Zukunft, so ist in Ägypten im Jahre 2006 mit einer Bevölkerung in Höhe von 70,4 Mio., 2011 mit einer Bevölkerungszahl von 76,9 Mio. und 2021 gar mit mehr als 89 Mio. Einwohnern zu rechnen.

Vor diesem Hintergrund rückte auf dem Parteitag sowohl das Problem der Überbevölkerung als auch der zukünftig weiter wachsenden Arbeitslosigkeit (vor allem von Jugendlichen) in den Mittelpunkt der Diskussion.

Die „Doppelstadt“ Kairo/Giza bzw. der sog „Großraum Kairo“ verfügt momentan über eine Einwohnerzahl von ca. 13 Mio. (19,2% der Gesamtbevölkerung Ägyptens), wobei sich täglich noch einmal mehr als 2 Mio. Pendler in die Stadt und wieder herausbewegen. Die aktuelle Verkehrsinfrastruktur in Kairo steht damit schon seit langem vor dem Kollaps, weshalb dem Bereich Transport auf diesem Parteitag auch ein besonderes Augenmerk gewidmet werden sollte (musste).

Mit den Problemen einer weiter wachsenden, urbanen Agglomeration wie Kairo ist selbstverständlich auch ein besonderes Beschäftigungsproblem verbunden. Jährlich drängen nach Angaben des ägyptischen Statistikamtes 500.000 Schulabgänger auf den ägyptischen Arbeitsmarkt, der momentan etwas mehr als 20 Mio. Erwerbsfähige umfasst und dabei ca. 1 Mio. als Arbeits- bzw. Erwerbslose ausweist. Da die etwa 300.000 privaten ägyptischen Unternehmen und die ca. 13.-15.000 staatlichen Einrichtungen jährlich nur max. 430.-500.000 Schulabgänger aufnehmen können, wächst die Zahl der arbeitslosen Jugendliche jährlich nach offiziellen Angaben mindestens um 50.000 Personen.

Dies alles verschärft die Probleme der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in Ägypten und bildet auch in Zukunft einen gefährlichen Nährboden für Frustration und eventuelle Radikalisierung.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieser erschreckenden Zahlen hatte der ägyptische Staatspräsident bereits vor dem Parteitag gefordert, dass man dieser Problematik in Zukunft noch größere Aufmerksamkeit schenken müsse. Allein in seiner Amtszeit, so der Staatspräsident, sei die Bevölkerung in Ägypten um 30 Mio. Menschen gewachsen und er forderte die Menschen auf, sich mal vor Augen zu führen, was es für die

Infrastrukturausstattung Ägyptens bedeuten würde, wenn es diese 30 Mio. zusätzlicher Ägypter als Nutzer dieser Infrastruktur nicht geben würde.

Weiterer Schritt in Richtung Gleichberechtigung der Frau

In der den Parteitag abschließenden Grundsatzrede des ägyptischen Staatspräsidenten kam es dann doch noch zu zwei Überraschungen. Der Staatsschef verkündete unter dem Beifall der zahlreich vertretenen Parteihonoratioren seine Entscheidung, die Regierung anzuweisen, sowohl die Mehrzahl der Dekrete der Militärgouverneure außer Kraft bzw. außer Vollzug zu setzen, als auch einen Gesetzentwurf ins Parlament einzubringen, dass den Kindern mit Ausländern verheirateter ägyptischer Ehefrauen auf Antrag die ägyptische Staatsbürgerschaft ermöglichen soll. Letztere Regelung war seit Jahren ein kontroverser Streitpunkt zwischen den konservativen Sicherheitskreisen und den ägyptischen Frauenverbänden unter dem Dach der von der Präsidentengattin geführten „National Council Of Women (NCW)“. Dieser hatte in den letzten Monaten immer wieder gefordert, dass die etwa 280.000 ägyptischen Ehefrauen ausländischer Männer die gleichen Rechte erhalten sollten, wie ihre männlichen Mitbürger.

In Fällen nämlich, in denen ägyptische Männer mit ausländischen Ehepartnern Kinder haben, wird diesen automatisch die ägyptische Staatsbürgerschaft angetragen. Umgekehrt wurde dagegen den Kindern ägyptischen Ehefrauen von Ausländern die ägyptische Staatsbürgerschaft verweigert, was diesen Kindern große Nachteile vor allem in den Bereichen Bildung, Arbeit und Aufenthaltsstatus bescherte. Sie kamen weder in den Genuss der für ägyptische Staatsbürger kostenlosen staatlichen Bildungseinrichtungen (Schulen und Universitäten), noch stand ihnen eine Beschäftigung im Öffentlichen Sektor oder gar beim Militär offen. Außerdem mussten sie jedes Jahr eine Arbeitserlaubnis beantragen (!) und ihre Aufenthaltserlaubnis alle fünf Jahre erneuern.

So wurden Kinder solcher binationalen Ehen mit Ausländern behandelt, obwohl sie u.U. in Ägypten geboren worden waren und das Land Ägypten in vielen Fällen während ihres gesamten Lebens noch nicht verlassen hatten. Diese Ungerechtigkeit soll nun im Rahmen eines mit dem NCW gemeinsam zu formulierenden Gesetzentwurfs beseitigt werden, wobei allerdings den Aspekten der Inneren Sicherheit weiterhin Bedeutung beigemessen werden soll. So wird diesen Kindern die ägyptische Staatsbürgerschaft wohl zunächst nicht automatisch sondern nur auf Antrag gewährt und im Antragswesen darauf geachtet werden, dass ägyptische Sicherheitsbelange Berücksichtigung finden. So muss der Antragsteller (über

18 Jahre alt) bzw. der Erziehungsberechtigte des Antragstellers (unter 18 Jahre alt) nachweisen, dass er/sie bereits über 10 Jahre in Ägypten ansässig bzw. wohnhaft ist, über ausreichende arabische Sprachkenntnisse verfügt, bei guter Gesundheit ist und über einen straffreien Lebenslauf verfügt.

Das Gesetz hat auch einen moralischen Aspekt. So kommt es wohl häufiger vor, dass Golftouristen sich in den Sommermonaten temporär mit jüngeren ägyptischen Frauen/Mädchen vom Land liieren (Heirat auf Zeit) um sie dann am Ende der Feriensaison in manchen Fällen schwanger in Kairo zurückzulassen. Damit diese Praxis den Kindern aus einer überwiegend als illegitim angesehenen, wenn auch nach islamischen Recht gültigen „Ehe auf Zeit“ nicht auch durch eine automatische Gewährung der ägyptischen Staatsbürgerschaft ein Privileg zuwächst, wird in den Anträgen sicher darauf geachtet werden, dass die Beziehung mit dem Ausländer aus/in der das Kind entstanden ist, tatsächlich auf Dauer geschlossen worden und nicht das Ergebnis einer „verantwortungslosen, flüchtigen Urlaubsbeziehung gewesen ist.

Sog. Urfi-Ehen (Ehen auf Zeit), welche den Behörden nicht angezeigt werden müssen, fallen also offensichtlich ebenso wenig unter die geplante gesetzliche Neuregelung, wie Kinder deren Väter Palästinenser sind. Hier beruft en sich die ägyptischen Behörden auf einen Beschluss der Arabischen Liga, nach dem es Palästinensern nicht gestattet werden soll, eine andere Arabische Staatsangehörigkeit zu erwerben oder zu vererben, um die „palästinensische Identität“ dieser Individuen zu bewahren.

Parteiinterne Probleme erschweren den Neuanfang

Als ob die Partei nicht schon genug Probleme zu bewältigen hätte, tauchten vor dem Parteitag aber weitere partei-interne Problem auf. So kam es unmittelbar vor dem Parteitag zu einer für die Regierungspartei äußerst peinlichen Verurteilung eines prominenten ehemaligen NDP-Parlamentsmitglieds, dem Präsidenten der staatlichen „Misr Exterior Bank“ und zugleich Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des ägyptischen Parlaments: *Abdulah Tayel*, zu 10 Jahren Haft wegen Korruption und der Vermittlung ungesicherter Darlehn im Umfang von 273 Mio. LE. Die Verurteilung diese erst im Jahre 2000 ins Parlament gewählten Vertreters einer neuen Generation von in die Partei eingetretenen Wirtschaftsführer wirft einen Schatten auf die Anstrengungen der Regierungspartei sich mit Hilfe von Vertretern der ägyptischen Geschäftswelt ein neues Image als kenntnisreiche und moderne, reformwillige

Wirtschaftspartei zu geben. Nach einigen anderen Korruptionsskandalen ehemaliger NDP Minister und Gouverneure gelingt es der Regierungspartei offensichtlich nur schwer das Image einer in alten Strukturen erstarrten, rigiden reformunfähigen Staatspartei abzustreifen.

Neben dieser permanenten (manchen politischen Kritikern aber eben zu häufig notwendig werdenden) Selbstreinigung der Regierungspartei, die von ihr natürlich auch immer genutzt wird, um darauf hinweisen, dass die NDP rigoros gegen Korruption in den eigenen Reihen vorgeht, setzt sich die Partei gleichzeitig auch noch mit ihrer eigenen (wegen ihrer so nicht gewünschten Zusammensetzung ungeliebten) Parlamentsfraktion auseinander.

Das ägyptische Verfassungsgericht bestätigte kürzlich ein Urteil des Obersten Verwaltungsgerichts Ägyptens (Supreme Administration Court – SAC) , nach dem etwa 40 Parlamentariern der Regierungspartei vorgeworfen wird, zum Zeitpunkt ihrer Wahl (wegen Nichtableistung des Militärdienstes) nicht über die notwendigen Voraussetzungen für die Zulassung zu dieser verfügt zu haben. Diesen Parlamentariern, allesamt Mitglieder der Regierungspartei, droht damit in der Mitte November beginnenden neuen Sitzungsperiode des Parlaments der Entzug ihres Mandats, was gleichzeitig zur Ausschreibung von Nachwahlen in allen betroffenen Wahlkreisen führen müsste. Dies bringt die Regierungspartei in Zugzwang. Einerseits will sie nicht den Eindruck erwecken, sie würde das Urteil des Verfassungsgerichtes nicht Ernst nehmen, andererseits kommt der Partei eine so große Anzahl von Nachwahlen nicht gerade gelegen, wo sie doch gerade dabei ist, mit Blick auf die nächsten Parlamentswahlen ein neues Wahlrecht zu entwickeln.

Deshalb könnte die Partei sich entschließen, so die Vermutung einiger politischer Beobachter, diese Situation zum Anlass zu nehmen werden, das (gesamte) ungeliebte Parlament aufzulösen und vorzeitige Neuwahlen anzusetzen, zumal die Regierungspartei trotz ihrer Kontrolle von 388 der insgesamt 444 Parlamentssitze, sich der Loyalität der von der Partei unabhängigen zahlreichen „Dissidenten“ wohl nicht sicher zu sein scheint.

Ausblick

Viele politische Beobachter bzw. Kritiker der Regierungspartei zeigten sich vom Verlauf und vom Ergebnis der Parteikonferenz wenig beeindruckt. Schon zu oft hat die Regierungspartei Reformen angekündigt, aber nie resolut umgesetzt. Als „big on promise and light on action“ wurde diese Konferenz charakterisiert, wobei die tatsächlich wichtigen Reformpakete, wie

etwa die bzgl. der ägyptischen Verfassung, des aktuellen Wahlrechts, des Ausnahmezustandes und des Parteiengesetzes vom Präsidenten wieder einmal in seinen beiden Reden zwar angesprochen, aber nicht ausführlich erörtert worden sind.

Auch die Tatsache, dass aus Anlass bzw. in zeitlichem Zusammenhang mit dem Parteitag zahlreiche –manche sprechen von immerhin 3000- inhaftierte Islamisten freigelassen worden waren, konnte diese generelle Einschätzung nicht relativieren.

Der ägyptische Wähler hat sich an eine derartige Ankündigungspolitik auf NDP Parteitag schon seit langem gewöhnt, weshalb er den neuerlichen Ankündigungen der Regierungspartei mit der üblichen Skepsis begegnete. Allerdings scheint auch er zu spüren, dass sich in der Partei ein Generationswechsel abzuzeichnen beginnt, auch wenn sich die „junge Garde“ um den Präsidentensohn nicht immer und nicht in allen Fragen gegen die versteinerte „alte Elite“ der Partei durchzusetzen vermag. Es scheint das Bestreben dieser jungen Garde zu sein, aus der Regierungspartei, die lange Jahre einem „Präsidentenwahlverein“ geähnelte und sich nur im Vorfeld von Wahlen um ihre Mitglieder gekümmert hat, eine moderne Programmpartei machen zu wollen, die auch in einer fairen, demokratischen Wahlauseinandersetzung ohne Förderung durch einen „Parteipräsidenten“ bestehen kann.

Die Frage, ob der ägyptische Wähler, wenn es denn schon aus Anlass der nächsten Parlaments- bzw. Präsidentschaftswahlen im Jahre 2005 dazu kommt, bereit ist, dieser jungen Garde des gleichen Establishments die zukünftige politische Macht im Land zu übertragen, wird von vielen politischen Beobachtern mit Zurückhaltung beantwortet. Vielen erscheint ein „ziviler“ Präsident, der über keine Karriere und deshalb vielleicht über zu wenig Rückhalt in der Armee verfügt, als in dieser schwierigen politischen Phase im Nahen Osten - so sie denn bis 2005 anhalten sollte - als vielleicht (noch) zu schwach, um das Land zu führen. Dies könnte den Amtsinhaber sogar bewegen, sich im Alter von dann immerhin 77 Jahren, noch ein weiteres Mal (wenn vielleicht auch nicht für eine ganze Wahlperiode) „vor den Karren spannen zu lassen“. Dies würde dem möglichen Nachfolger zudem noch mehr Zeit geben, sich als legitimer Nachfolger herauszukristallisieren, um ein entsprechend notwendiges Mandat der Regierungspartei bzw. -fraktion einzufordern.

Damit scheint jedoch immer noch nicht sichergestellt, wie der ägyptische Wähler dann auf die faktische Einführung einer „Erbrepublik“ (nach Syrien und ev. demnächst in Aserbeidschan)

auch in Ägypten reagieren wird; schließlich bleibt er vorläufig der Verfassung entsprechend aufgefördert auch den zukünftigen Präsidentschaftskandidaten in einem Referendum zu bestätigen

NDP Politbüro

Hosni Mubarak	Präsident
Mustafa Khalil	Stellv. Parteivorsitzender für Außenpolitik
Youssef Wali	Stellv. Parteivorsitzender für Innenpolitik
Atef Ebeid	Premierminister
Fathi Sorour	Parlamentspräsident
Mustafa Helmi	Shura Council Vorsitzender
Safwat El Sherif	Minister für Information
Kamal El Shazli	Minister für Parlamentsangelegenheiten
Amal Othman	Stellv. Parlamentspräsident
Ahmed Hashem	Präsident der Al-Azhar Universität
Hanna Nashed	Ehemaliger Leiter des Staatsrates
Fikri Makram Ebeid	Ehemaliger NDP Generalsekretär
Philip Guirgis	Ehemaliges Parlamentsmitglied
Iglal Hafez	Leiter der Fakultät für Handel der Ain Shams Universität

NDP Generalsekretariat

Generalsekretär	Safwat El Sherif (Minister für Information)
Stellv. Generalsekretärs	Kamal El Shazli (Minister für Parlamentsangelegenheiten)
Sekretär für Politik (neu)	Gamal Mubarak
Sekretär für Information	Mamdouh El Beltagui (Minister für Tourismus)
Sekretär für Finanzwesen und Administration (neu)	Zakariya Azmi (Unternehmer)
Sekretär für Politische Bildung	Alieddin Hilal (Jugendminister)
Sekretär für Parteimitgliedschaft (neu)	Ahmed Ezz (Unternehmer)
Sekretär für Bauern	Hamad Mustafa El Sayed
Sekretär für Arbeiter	Rashed El Sayed
Sekretär für Frauen	Kamel Moemena
Sekretär für Berufstätige (neu)	Shehab Moufid
Sekretär für den öffentlichen Sektor (neu)	Hossam El Badrawi (Unternehmer)
Sekretär für Rechtsangelegenheiten (neu)	Adel Qura
Mitglied	Hussein Kamel Bahaeddin (Minister für das Schulwesen)
Mitglied	Youssef Boutros Ghali (Minister für Aussenhandel)
Mitglied	Nadia Makram Ebeid
Mitglied	Mohamed Abdellah
Mitglied	Ibrahim Kamel
Mitglied	Mohamed Ragab
Mitglied	Aisha Abdel-Hadi
Mitglied	Fathi Koyman
Mitglied	Mohamed Mohieddin